

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Förderung von Berufskollegs

Die Qualifizierung von Jugendlichen, deren mangelhaft schulische Leistungen ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz gering erscheinen lassen, ist ein wichtiges Ziel der Bildungspolitik. Aus Mitteln des Bundes und der Europäischen Union werden private Träger finanziert, die Qualifizierungsmaßnahmen für „benachteiligte Jugendliche“ durchführen, damit diese sich im Anschluss erfolgreich um einen Ausbildungsplatz bewerben können.

Eine vergleichbare berufliche Grundbildung wird in Nordrhein-Westfalen an öffentlichen Berufskollegs angeboten, so z. B. in den Bildungsgängen „Vor-klasse“ und „Berufgrundschuljahr“. Diese Bildungsangebote konkurrieren mit denen privater Träger. Da die öffentlichen Berufskollegs dem Schulfinanzgesetz NRW unterliegen, besteht für sie keine Gelegenheit, die Fördermittel der Arbeitsverwaltung in Anspruch zu nehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit der Berufskollegs in der Qualifizierung „benachteiligter Jugendlicher“?
2. In welcher Höhe wurden im Jahr 2000 private Träger der Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gefördert?
3. Wie viele Jugendliche wurden im Rahmen dieser Maßnahmen gefördert?
4. In welcher Höhe wurden im Jahr 2000 private Träger der Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher aus Mitteln der Europäischen Union gefördert?
5. In welcher Höhe wurden im Jahr 2000 Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche im Rahmen der Initiative „Jugend mit Perspektive“ (JUMP) gefördert?
6. Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele der im Rahmen dieser Maßnahmen qualifizierten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten haben?

7. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass zur Qualifizierung von schwer vermittelbaren Jugendlichen jede Möglichkeit genutzt werden sollte?
8. Welche Gründe verhindern nach Ansicht der Bundesregierung die Förderung von Berufskollegs zur Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher aus Mitteln der Arbeitsverwaltung und der Europäischen Union?
9. Ist die Bundesregierung bereit, die geltenden Förderrichtlinien dahin gehend zu ändern, dass auch Berufskollegs aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gefördert werden können?
10. Wenn nein, was sind die Gründe für die Ablehnung?
11. Ist die Bundesregierung bereit, auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass Qualifizierungsmaßnahmen öffentlicher Berufskollegs aus Mitteln der Europäischen Union gefördert werden können?
12. Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 3. April 2001

Ulrike Flach
Dirk Niebel
Cornelia Pieper
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schübler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion